An Rat, Fachausschuss und Verwaltung der SG Lüchow (Wendland)

Z. Hd. Herrn Samtgemeindebürgermeister Sascha Liwke

-per Mail-

Änderungsantrag zum Antrag vom 09.03.2023

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Rat der Samtgemeinde Lüchow (Wendland) möge beschließen:

1. Die Einleitung einer Bauleitplanung für PV-FFA auf landwirtschaftlichen Nutzflächen (Acker- und Grünlandflächen) wird nur für Grenzertragsböden, also unter den hiesigen klimatischen Bedingungen auf Flächen mit einer Bonität im Mittel unter 30 Bodenpunkten, empfohlen.
2. Der potenzielle Betreiber der PV-FFA hat bereits mit dem Antrag auf Einleitung eines Bauleitplanverfahrens eine Absichtserklärung zum Abschluss einer Vereinbarung nach § 6 EEG (mindestens 0,2 ct/kWh erzeugten Strom) abzugeben. Der Abschluss dieser Vereinbarung erfolgt nach Satzungsbeschluss über die Bauleitplanung.
3. Der Sitz des Unternehmens muss dauerhaft in der Samtgemeinde Lüchow (Wendland) begründet werden, so dass die Gewerbesteuer vollständig an die jeweilige Gemeinde fließt.
4. PV-FFA müssen sich ins Landschaftsbild einfügen und mit einer entsprechenden Begrünung versehen werden.
5. Moorflächen werden aufgrund ihrer besonderen Bedeutung für den Klimaschutz gänzlich von einer Bebauung mit PV-FFA ausgeschlossen.

Begründung:

Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Tatsache, dass in den letzten Monaten zahlreiche Anfragen für die Errichtung von Photovoltaikfreiflächenanlagen an die Gemeinden gerichtet worden sind. Auf die teilweise sehr kontroverse Diskussion zu der geplanten PV-Freiflächenanlage in der Gemarkung Lemgow und der dazugehörigen Potenzialanalyse mit ihren erheblichen Schwachpunkten wird verwiesen. Der grüne Antrag vom 09.03.2023 zielte darauf ab, dass die Potenzialanalyse sich erheblich verzögerte und das notwendige politische Handeln blockierte. Jetzt gibt es eine veränderte Sachlage, auf die wir mit diesem Änderungsantrag reagieren.

Auf die spezifische Fragestellung des verstärkten Ausbaus von PV-Anlagen auf Dachflächen und eine Abwägung der Belange bei denkmalgeschützten Gebäuden wird an dieser Stelle verzichtet und ist inzwischen durch eine grundsätzliche landesgesetzliche Regelung geklärt.

Darüber hinaus erfolgen derzeit grundlegende, sehr tiefgreifende Umwälzungen in der Energiepolitik und der Förderung der erneuerbaren Energien, auf die die Samtgemeindeverwaltung und die Gemeinden insgesamt reagieren müssen.

Die derzeitige Diskussion um PV-FFA muss nach unserem Dafürhalten deshalb mit konkreten Kriterien versehen werden, um transparente, nachvollziehbare Verfahren zu ermöglichen.

Als Diskussionsgrundlage bringen wir daher oben genannte Punkte ein:

- Über die Flächenbonität können Zielkonflikte von Ernährungssicherheit und Grundwassermanagement ausgelotet werden.
- Es ist wichtig, die Einnahmen aus dem EEG vor Ort zu sichern. Dies wird über eine Vereinbarung erreicht.
- Gewerbesteuern sollten zwingend hier in der Samtgemeinde verbleiben. Deshalb muss der Betriebssitz hier sein.
- PV-FFA sollte so geplant werden, dass negative externe Effekte minimiert werden.
- Moorflächen sollten aufgrund ihres Wertes für die Natur ausgeschlossen sein.

Fraktion Grüne/HMM

Birthe Mallach-Mlynczak